

»Gerade in der Krise brauchen wir flexible Übergänge und Beschäftigungsbrücken zwischen Jung und Alt«

Die Wirtschaftskrise wird den Arbeitsmarkt langfristig schwächen, mit schlimmen Auswirkungen für die künftigen Rentnerinnen und Rentner, erklärt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach im Interview mit Gute Arbeit. Die Rente mit 67 sei deshalb als Beschlusslage nicht zu halten, denn bei ihrer gesetzlichen Überprüfung in diesem Jahr geht es auch um die Wirtschaftslage. Aktuelle Erwerbsbiografien seien bereits durch Niedriglöhne und Zeiten der Arbeitslosigkeit geschädigt. Und Arbeitgeber zeigten zu selten Bereitschaft, Älteren am Arbeitsplatz eine Chance zu geben.

Gute Arbeit: Die Bundesregierung hat nach Gesetzeslage 2010 zum ersten Mal zu prüfen, ob die Rente mit 67 in die sozialpolitische Landschaft passt. Warum begleiten der DGB und das Netzwerk für eine gerechte Rente diesen Evaluierungsprozess so intensiv mit inzwischen drei Monitoring-Berichten?

Buntenbach: Der gesetzliche Auftrag zur Überprüfung der Rente mit 67 ist sehr umfassend und bezieht sowohl die Lage auf dem Arbeitsmarkt als auch die wirtschaftliche als auch die soziale Situation Älterer ein. Mit unseren Monitoring-Berichten nehmen wir diese Rahmenbedingungen von allen Seiten unter die Lupe. Wir werden es der Bundesregierung nicht durchgehen lassen, die Probleme klein zu reden oder nur auf den nächsten Aufschwung zu verweisen. Schon vor der Krise war die Rente mit 67 nicht zu rechtfertigen. Jetzt befinden wir uns aber in einem epochalen Einbruch der Wirtschaft, der noch lange am Arbeitsmarkt nachwirken wird. Die Fakten untermauern unsere Forderung, dass die Rente mit 67 wenigstens auf Eis gelegt werden muss. Es war ein großer Fehler, die Einführung der Rente mit 67 zu beschließen, ohne dass auch nur ansatzweise Perspektiven dafür aufgezeigt wurden, wie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer länger arbeiten können. Unser Monitoring stellt sich den Fragen, die auch die Bundesregierung beantworten muss: Welche Chancen auf anständig bezahlte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben Ältere wirklich, wie sieht ihre gesundheitliche Lage aus, wie ihr Zugang zu Fortbildung? Oder: Welche Chancen auf gelungene Berufswechsel haben ältere Erwerbstätige? Und welche Möglichkeiten für sozial abgesicherte flexible Übergänge gibt es? Gerade hier versucht die Koalition offenbar, alle Türen zuzumachen. Für die Beschäftigten bedeutet dies, dass sie hohe Abschläge hinnehmen müssten. Nicht zuletzt wegen der Kürzung der Rentenleistungen um bis 25% und der drohenden Altersarmut wäre das für uns völlig inakzeptabel.

Gute Arbeit: Hat die Bundesregierung seit dem Beschluss für die Rente mit 67 genug dafür getan, den personalpolitischen Jugendwahn im Arbeitsleben zu bekämpfen, und ihre Beschlusslage ausreichend arbeitsmarktpolitisch flankiert?

Buntenbach: Das Leitbild in den Vorstands- und Managementtagen sind offensichtlich immer noch die olympiareifen

Belegschaften. Doch die Arbeitgeberseite muss begreifen, dass der demografische Wandel nicht nur eine Herausforderung des Rentensystems ist. Hier ist ein Umdenken notwendig, das die Bundesregierung mit Initiativen für alters- und alterngerechte Arbeitsplätze sowie mehr Prävention besser unterstützen sollte. Gleiches gilt aber für die Entwicklung des gesamten Arbeitsmarktes: Die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und die Ausweitung des Niedriglohnsektors sind gefährliche Entwicklungen, die sich extrem negativ auf die Alterssicherung auswirken. Auch hier muss mehr getan werden. Die Rente mit 67 betrifft schließlich nicht nur die Älteren. Langfristige Perspektiven für eine Erhöhung der Beschäftigungschancen und für die Schaffung guter Arbeit bis zur Rente können wir bei der Koalition bislang nicht erkennen.

„Wir werden es der Bundesregierung nicht durchgehen lassen, die Probleme klein zu reden oder nur auf den nächsten Aufschwung zu verweisen. Schon vor der Krise war die Rente mit 67 nicht zu rechtfertigen. Jetzt befinden wir uns aber in einem epochalen Einbruch der Wirtschaft, der noch lange am Arbeitsmarkt nachwirken wird.“

Ältere haben es besonders schwer, wieder einen regulären Arbeitsplatz zu finden. Im Gegenteil: Die Gefahr ist groß, vor der Rente noch in Hartz IV abzurutschen. Dieses Risiko wird durch die Rente mit 67 nur noch größer.

Gute Arbeit: Stichwort Alterssicherung – wie wirkt sich die Rente mit 67 im Konzert mit den bisherigen Rentenreformen seit 2001 (und davor) sozialpolitisch aus? Wie steht es um den Lebensabend jener Menschen, die ohne Betriebsrente, Zusatzversorgung und nennenswerte Privatvorsorge nur auf ihre gesetzliche Rente angewiesen sind?

Buntenbach: Die Rente mit 67 ist die Spitze des Eisbergs. Uns droht eine Welle von Altersarmut, weil die Rentenleistungen um bis zu 25% gekürzt worden sind und immer mehr Beschäftigte mit Armutslöhnen abgespeist werden. Selbst Durchschnittsverdiener haben es nicht leicht, eine

Rente über Sozialhilfeniveau zu erreichen. Vielen Hunderttausenden von Geringverdienern, Langzeitarbeitslosen und Erwerbsgeminderten droht die Grundsicherung im Alter, wenn die Koalition nicht gegensteuert. Die Rente mit 67 wirkt wie ein zusätzlicher Treibsatz für Altersarmut, weil für die meisten hohe Abschläge dazu kommen.

Gute Arbeit: Sind Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen, die vorzeitig eine Erwerbsminderungsrente beziehen – teilweise oder als Vollrente – ausreichend sozial abgesichert?

Buntenbach: Auch mit mehr guter Arbeit lassen sich besonders belastende Tätigkeiten nicht ausschließen: Das zieht sich durch alle Branchen, von den Bauberufen über die Pflege oder Kindererziehung bis zur Polizei. Die meisten betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben schlecht verdient oder haben längere Zeiten der Arbeitslosigkeit hinter sich. Dazu kommt dann noch die Rentenkürzung durch Abschläge von über 10%. Das Ergebnis: immer niedrigere Erwerbsminderungsrenten. Im Jahr 2008 kamen voll erwerbsgeminderte Kollegen durchschnittlich noch auf 647 Euro Rente. Das ist Sozialhilfeniveau und nicht akzeptabel. Deshalb muss die Erwerbsminderungsrente verbessert werden: Die ohnehin systematisch nicht zu rechtfertigenden Abschläge müssen weg. Eine vergleichbare Verbesserung der Rente könnte man durch die Ausweitung der so genannten Zurechnungszeiten erreichen, durch die die verkürzte Versicherungsbiografie von Erwerbsgeminderten für die Rentenberechnung verlängert wird. Wenn Niedrigverdienste und Zeiten der Arbeitslosigkeit künftig besser in der gesetzlichen Rentenversicherung berücksichtigt werden – wie wir das ja fordern – hilft das nicht nur Altersrentnern, sondern ganz besonders auch den erwerbsgeminderten Kolleginnen und Kollegen.

Gute Arbeit: Deutsche Arbeitgeber beklagen sich häufig über kranke Mitarbeiter und die auftretenden Folgekosten. Gerade bei älteren kommen Krankheiten verschleißbedingt häufiger vor. Wer trägt die arbeitsbedingten Hauptkosten in unserem Sozialsystem? Werden Arbeitgeber ihrer Verantwortung gerecht?

Buntenbach: Die Hauptlast wird bei der Sozialversicherung abgeladen. Krankengeld und Erwerbsminderungsrenten verschlingen hohe Milliardenbeträge. Dazu kommen noch die Beitragsausfälle. Allein die gesetzliche Krankenversicherung wird pro Jahr mit 15 Milliarden Euro belastet. Wissenschaftler schätzen den volkswirtschaftlichen Gesamtschaden arbeitsbedingter Krankheiten auf 44 Milliarden Euro. Natürlich gibt es Arbeitgeber, die sich vorbildlich um die Arbeitsbedingungen ihrer Leute kümmern. Klar ist aber auch, dass in den meisten Betrieben, kleinen wie großen, viel zu wenig in Sachen Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung gemacht wird. Die so genannte Prekarisierung der Arbeitswelt hat

nicht nur etwas mit den Löhnen zu tun, sondern auch mit den Arbeitsbedingungen. Leiharbeiter oder geringfügig Beschäftigte bekommen selten eine Unterweisung in Arbeitssicherheitsfragen. Moderne Dienstleistungen wie das Call-Center sind für die Arbeitnehmer zum Beispiel mit viel Stress und wenig Handlungsspielraum verbunden. Die Arbeitszeitverdichtung macht krank. Vor allem psychische Erkrankungen durch Arbeit nehmen deutlich zu. Wir brauchen dringend eine Trendwende für gute Arbeit.

Gute Arbeit: Wenn wir von guter, alternsgerechter Arbeit noch weit entfernt sind - wie könnte man das Problem der arbeitsbedingten Krankheitskosten besser lösen – zum Beispiel mit Anreizen für Arbeitgeber zum Aufbau von Prävention und Gesundheitsmanagement?

Buntenbach: Wir müssen das Thema mehrgleisig angehen. Einerseits müssen wir insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen besser beraten. Die Sozialversicherungen sind hier in der Pflicht. Kranken-, Renten- und Unfallversicherung müssen ihre Aktivitäten koordinieren und bündeln. Der Arbeitgeber, die Beschäftigtenvertretungen und die Betroffenen selbst brauchen eine verlässliche Anlaufstelle, wenn es Probleme gibt. Zweitens

müssen diejenigen Arbeitgeber, die sich nicht genügend um die Gesundheit ihrer Beschäftigten kümmern, dafür zur Verantwortung gezogen werden. Sanktionen, wenn keine Gefährdungsbeurteilung vorgenommen wurde, oder eine längere Lohnfortzahlung, wenn kein Betriebliches Eingliederungsmanagement angeboten wurde, oder die volle Finanzierung der Erwerbsminderungsrenten durch die Arbeitgeber – all dies sind Überlegungen, wie man die Anreize für Arbeitgeber erhöht. Boni

dafür, dass gesetzliche Pflichten eingehalten werden, kann es aber nicht geben. Aber natürlich können Arbeitgeber unterstützt werden, wenn sie gesundheitlich eingeschränkten Arbeitnehmern eine Chance geben. Drittens müssen die staatlichen Institutionen ihren Kontrollpflichten nachkommen. So haben die Gewerbeaufsichtsämter seit 2003 ihr Personal um ein Fünftel abgebaut, und das bei steigender Aufgabenfülle.

Gute Arbeit: Nach Beurteilung der vorliegenden Daten und Fakten: Wie lautet Ihre politische Einschätzung zur Rente mit 67?

Buntenbach: Die Rente mit 67 wird für die meisten unerreichbar sein und deshalb zu einer reinen Rentenkürzung, die das Fass zum Überlaufen bringt. Gerade in der Krise brauchen wir flexible Übergänge und Beschäftigungsbrücken zwischen Jung und Alt. Die Rente mit 67 muss deshalb vom Tisch. Die Politik sollte die Krise auch als Chance begreifen, um Fehlentwicklungen am Arbeitsmarkt und bei den Arbeitsmarktreformen zu korrigieren, das Lohndumping zu stoppen und die Humanisierung der Arbeit voranzutreiben, damit die Beschäftigten überhaupt die Chance bekommen, in Würde bis 65 arbeiten zu können. Die Rente mit 67 ist keine Antwort auf all diese Fragen und Herausforderungen.

IM INTERVIEW

Annelie
Buntenbachist Mitglied des
geschäftsführenden
Bundesvorstands
des DGB.

„Die Rente mit 67 wird für die meisten unerreichbar sein und deshalb zu einer reinen Rentenkürzung, die das Fass zum Überlaufen bringt. Gerade in der Krise brauchen wir flexible Übergänge und Beschäftigungsbrücken zwischen Jung und Alt. Die Rente mit 67 muss deshalb vom Tisch.“